



DER OPFERBEAUFTRAGTE DER LANDESREGIERUNG

DER OPFERBEAUFTRAGTE

An die Damen und Herren von  
Presse, Funk und Fernsehen

**Verantwortlich (i.S.d.P.)**

Anna Bendel  
Pressesprecherin  
Telefon 06131 967-308  
Telefax 06131 967-353  
Bendel.Annamaria@lsjv.rlp.de

Rheinallee 97-101  
55118 Mainz

12.07.2019

## Opferentschädigung

### **Opferbeauftragter bietet Betroffenen Unterstützung an**

Nach den Verdachtsfällen von sexuellem Missbrauch durch einen Assistenzarzt am Universitätsklinikum des Saarlandes traf sich der rheinland-pfälzische Opferbeauftragte, Detlef Placzek, am Dienstag mit dem seit 2018 bestellten Ärztlichen Direktor des Universitätsklinikums des Saarlandes, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Reith, in Mainz.

Es wurde deutlich, dass Herr Prof. Dr. Reith sich mit aller Kraft um die Aufklärung und Aufarbeitung des Geschehenen sowie um ein Zukunftskonzept tatkräftig bemüht und den Betroffenen umfangreiche Hilfs- und Beratungsangebote zu Verfügung stellt.

Placzek setzt sich aktiv für die Belange der rheinland-pfälzischen Opfer ein und wird ihnen über das Universitätsklinikum ein Schreiben zukommen lassen, in dem er seine Hilfe und auch die Möglichkeiten einer eventuellen Entschädigung im Rahmen des Opferentschädigungsgesetzes aufgezeigt. „Ich bin über die Hilfsangebote, die das Universitätsklinikum des Saarlandes gemacht hat, informiert. Sie sind umfangreich. Persönlich möchte ich darüber hinaus noch einen zusätzlichen Hilfeaspekt ansprechen, der meiner Kenntnis nach bisher nicht hinreichend dargestellt wurde“, erläutert Placzek in seinem Brief. Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, Ansprüche nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) zu



# PRESSEDIENST

---

## DER OPFERBEAUFTRAGTE DER LANDESREGIERUNG

stellen. Diese Ansprüche können auch dann gestellt werden, wenn eine Strafverfolgung wegen Ablebens des Täters oder aus sonstigen Gründen nicht mehr möglich ist.

Es ist nicht auszuschließen, dass Opfer von sexuellem Missbrauch sich mit dem Geschehenen erst viel später, in Einzelfällen auch nach Jahren, auseinandersetzen und dabei Hilfe benötigen. Sollte diese erst später erforderlich werden, hilft ein jetziger Antrag, die Kausalität auch zukünftig besser darzustellen.

„Ich empfehle den Opfern daher, vorsorglich jetzt einen Antrag zu stellen, damit die Sachverhalte aktenkundig sind“, so Placzek.